Beim Deutschen Mieterbund zu Gast

Autor(en): **Lienhard, Richard**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **52 (1973)**

Heft 10

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-338721

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Dr. Richard Lienhard

Beim Deutschen Mieterbund zu Gast

In der Zeit vom 23. bis 26. August 1973 war Kiel Tagungsort des Deutschen Mieterbundes, der Dachorganisation von 400 Mieterverbänden mit insgesamt 950 000 Mitgliedern. Gäste aus den Mieterverbänden der skandinavischen Staaten, aus Österreich, Frankreich und der Schweiz nahmen daran teil. Der Schweizerische Mieterverband war am «Deutschen Mietertag 1973» vertreten durch: Dr. Roland *Gmür*, Sekretär des Mieterverbandes Zürich, sowie durch den Verfasser dieser Zeilen. Der Deutsche Mieterbund hat es verstanden, diesen eindrücklichen Mietertag 1973 glänzend vorzubereiten und ihm einen denkwürdigen Rahmen zu verleihen. Kiel – die Stadt an der Förde – ist die nördlichste Landeshauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Seit 1972 ist die rund 270 000 Einwohner zählende Stadt auch Olympia-Stadt, wurde doch in Kiel-Schilksee ein grosses Olympiadorf für Segler errichtet.

Tagungsstätte des Mietertages war das Kieler Schloss, welches direkt an der Kieler Förde gelegen ist und in einem Konzertsaal 1200 Besuchern Platz bietet. Hier fand am Abend des 24. August eine öffentliche Kundgebung des Deutschen Mieterbundes statt. In Kiel selbst hat sich eine starke Mietersektion entwickelt. Sie besitzt eine repräsentative Geschäftsstelle direkt an der Kieler Förde. Eine weithin sichtbare Reklame macht auf diese Mieteragentur aufmerksam. Diese örtliche Sektion hat wesentlich dazu beigetragen, dass der Deutsche Mietertag ein voller Erfolg wurde. Die deutsche Presse, das Fernsehen und der Rundfunk haben dafür gesorgt, dass die Öffentlichkeit einmal mehr auf die Arbeit und die Zielsetzungen des Deutschen Mieterbundes aufmerksam gemacht wurde. Die ausländischen Gäste durften wertvolle Erfahrungen sammeln. Davon soll im folgenden die Rede sein.

Kein Zurück zur Willkür-Miete

Die Mieterschutz-Gesetzgebung der BRD ist sozialpolitisch fortschrittlicher als die entsprechende gesetzliche Regelung der Schweiz. Während bekanntlich hierzulande im Falle einer Kündigung lediglich die Auszugsfrist erstreckt werden kann, steht dem Mieter in der BRD – dort, wo Wohnungsnot herrscht – ein umfassendes Kündigungsrecht zu. Das heisst: eine Kündigung lässt sich nach dem geltenden Recht der BRD nur durchsetzen, wo Eigenbedarf ausgewiesen ist oder wo eine schwere Mietvertragsverletzung nachgewiesen werden kann. Seit dieser sozial fortschrittlichen Regelung ist in unserem Nachbarstaat die Zahl der willkürlichen Kündigungen stark zurückgegangen. Zwar ist diese gesetzliche Regelung bis Ende 1974 befristet. Darum lautet auch die erste Forderung des Deutschen Mieterbundes: Der Kündigungsschutz muss zum Dauerrecht werden. Kein Zurück zur Willkür-Miete.

Es besteht alle Aussicht, dass der Deutsche Mieterbund diese Forderung durchsetzen wird. Einmal darf er auf das Verständnis der gegenwärtigen sozial-liberalen Regierung zählen. Dazu kommt der gute Organisationsgrad des Deutschen Mieterbundes mit einer Mitgliederzahl, die nicht weit von einer Million entfernt ist.

Kündigungsschutz als Dauerrecht

Höhepunkt des Deutschen Mietertages 1973 war eine öffentliche Mieterkundgebung im grossen Konzertsaal des Kieler Schlosses, wo im vollbesetzten Auditorium neben Präsident Dr. Paul *Nevermann* auch Bundes-Wohnungsbauminister Dr. Hans-Jochen *Vogel* das Wort ergriff. Der initiative Verbandspräsident, der frühere Oberbürgermeister der Stadt Hamburg, benützte die Gelegenheit, sich mit den Forderungen der deutschen Hauseigentümerverbände auseinanderzusetzen. Letztere verlangen nämlich lautstark, dass Ende 1974 das soziale Mietrecht zu Ende gehen müsse. Zur Begründung wird geltend gemacht, dass in der Bundesrepublik bereits ein gewisser Leerwohnungsstand zu verzeichnen sei. (Dabei wird wohlweislich verschwiegen, dass es sich hier – wie übrigens auch in der Schweiz – um Luxuswohnungen oder um Objekte in ländlichen Regionen handelt.) Dr. Nevermann machte hiezu einige grundsätzliche – auch für die Nachbarstaaten geltende – Ausführungen. Sie seien hier kurz zusammengefasst: Die Wohnung ist kein Sack mit Kartoffeln. Bei Wohnungen gibt es keine Ausweichmöglichkeiten wie bei der Ware Kartoffeln. Eine Wohnung ist sodann auch nicht transportabel, und deshalb nützt es nichts, wenn auf dem Lande freier Wohnraum vorhanden ist, während in den Städten grosser Bedarf danach besteht.

Im übrigen machte Nevermann deutlich, dass die Forderungen nach «Wohnungskündigungsschutz als Dauerrecht» sowie die «Dauerregelung für Mietpreisgestaltung» zu den dringendsten Postulaten der deutschen Mieter gehören. In diesem Zusammenhang verwies er auch auf den immer stärkeren Ruf nach mehr Lebensqualität. Mit Recht führte er dabei aus, dass gerade die Regelung gesunder Wohnverhältnisse, die Schaffung funktionsfähiger Städte, die Sicherung des Menschen in seiner Wohnung besonders dazu angetan seien, eine möglichst hohe Lebensqualität für alle Bürger zu verwirklichen: «Städtebau- und Wohnungspolitik sind wesentliche Bestandteile einer zeitgemässen Gesellschaftspolitik. Ihr Hauptziel ist die Schaffung einer sozialen Wirklichkeit, in der jeder Bürger menschenwürdig leben kann. Die Grundrechte unserer Verfassung geben überdies dem Gesetzgeber den Auftrag, alles zu tun, um allen Familien in der Bundesrepublik zu zeitgemässen Wohnungen unter tragbaren Bedingungen zu verhelfen.» Unter dem Beifall der über 1000 Teilnehmer zählenden Mieterversammlung erklärte Nevermann, die Wohnung sei ein menschliches Kriterium. «Menschliches Leben kann nur in einer menschenwürdigen Wohnung geführt werden.»

Der Präsident des Deutschen Mieterbundes schloss mit einem Appell an die 40 Millionen Mieter der Bundesrepublik, durch Zusammenschluss aller Gleichinteressierten die Rechte der Mieter zu wahren und auszubauen.

Der Appell «Rettet die Städte» geht vor allem die Mieterverbände an

Am Deutschen Mietertag war sodann zu vernehmen, dass zum Beispiel der Mieterverband unseres Nachbarstaates Österreich nicht weniger als 270 000 Mitglieder zählt. Der hohe Organisationsgrad der Mieter in der BRD wie in Österreich sollte den Mietern in unserem Lande zu denken geben. Wenn wir bedenken, dass in der Schweiz der soziale Mieterschutz gegenüber unseren Nachbarstaaten merklich hintanhinkt, drängt sich hierzulande der Gedanke eines stärkeren Zusammenschlusses der Mieter geradezu auf. Mit der Verwirklichung der Idee von der sozialen Verpflichtung des Eigentums muss nun endlich ernst gemacht werden. Das Recht, mit Grund und Boden und Wohnungen zu spekulieren, ist einzuschränken. Nur so lässt sich der Anspruch jedes Bürgers auf eine dem allgemeinen Standard entsprechende Wohnung erfüllen. In dieser Richtung könnten die organisierten Mieter einen entscheidenden Beitrag leisten.

Erfreulich war schliesslich, dass am Deutschen Mietertag auch die städtebaulichen Aspekte zur Geltung kamen. Immer stärker muss es sich in den Mieterverbänden durchsetzen, dass dem Mieter mit einer ungekündigten und noch so preisgünstigen Wohnung nicht gedient ist, solange er unter ungünstigen Umweltsbedingungen sein gesundheitliches Wohlergehen gefährdet sieht. Es ist das Verdienst des früheren Oberbürgermeisters von München und Ministers für Städtebau, Dr. Hans-Jochen Vogel, als erster Magistrat den Appell «Rettet die Städte» in die Bevölkerung der BRD und darüber hinaus getragen zu haben. So stand denn auch sein am Deutschen Mietertag gehaltenes Referat im Mittelpunkt des Interesses.

Die Teilnehmer des «Deutschen Mietertages 1973» dürften in der Überzeugung bestärkt worden sein, dass sich der Kampf des Mieters um sein Recht lohnt. Kiel war eine Reise wert.

So sind in München die Bodenpreise seit 1950 im Durchschnitt um rund 2850 Prozent gestiegen. Und für die gesamte Bundesrepublik wird der Wertzuwachs für die Eigentümer von Ackerland, das zwischen 1960 und 1969 in Bauland umgewidmet worden ist, auf etwa 50 Milliarden DM geschätzt. Dieser völlig unangemessene Gewinn, dem weder eigene Anstrengungen der Eigentümer oder auch nur ein ernsthaftes Risiko vorausgeht, ist an sich schon ein schweres Ärgernis und ein zureichender Grund, unser Bodenrecht zu reformieren.

Dr. Hans-Jochen *Vogel* in «Die Amtskette»